



Hoffnung auf Europa

Die Ereignisse an der Landgrenze zwischen der Türkei und Griechenland, sorgten nur kurz für internationale Aufmerksamkeit. Die Verantwortung für Tote und Verwundete wird nach wie vor abgestritten. Ein Augenzeuginnenbericht. Von Natalie Gruber

Ende Februar hatte die türkische Regierung verkündet, die Grenze nach Europa sei offen. Tausende Menschen versammelten sich in Edirne am Grenzübergang Pazarkule/Kastanies. Der einzige Ort entlang der Grenze zwischen Türkei und Griechenland, an dem es kein Gewässer zu überqueren gilt.

Viele von ihnen hatten schon einige Zeit in der Türkei gelebt. Aufgrund der prekären Aufenthaltssituation in der Türkei und absoluter Perspektivlosigkeit war diese Ankündigung Grund genug für sie, abermals alles aufzugeben, um den Versuch zu wagen, nach Europa zu gelangen.

Doch der türkischen Regierung, die rund um die Verhandlung des neuen Flüchtlings-Deals mit diesem Schritt eindeutig Druck auf die EU aufbauen wollte, war das nicht genug. Viele weitere Menschen, die in Abschiebelagern untergebracht waren, wurden in Busse genötigt und nach Edirne gekarrt, wo sie teilweise mit vorgehaltener Pistole gezwungen wurden, auszusteigen.

Wie viele Menschen wann genau und auf welche Weise ankamen, weiß niemand. Als wir Mitte März vor Ort eintrafen, waren es um die 20.009. Griechenlands Antwort darauf: Befestigung des Grenzzaunes, Verstärkung der Truppen, Tränengas.

Die Sonnenstrahlen blenden unsere verschlafenen Augen. In der Ferne lachen Kinder auf dem Weg zur Schule. Am Rande eines Feldes haben wir unseren Transporter geparkt, danebenstehend putzen wir uns nach einer kurzen, kalten Nacht die Zähne. Auf grünen Wiesen stehen Kirschbäume in voller Blüte. So sehr ich es versuche, ihren Duft kann ich nicht wahrnehmen. Die Luft ist getränkt von Tränengas.



Griechenlands
Antwort darauf:
Befestigung des
Grenzzaunes,
Verstärkung der
Truppen, Tränengas.

Selbst vor dem Einsatz von scharfer Munition wurde nicht mehr zurückgeschreckt.

Wochenlang lebten die Menschen auf den Feldern von Pazarkule. Ohne jede Infrastruktur, nicht einmal Zelte waren erlaubt. Mit der Zeit wurde das Areal von türkischer Seite immer weitläufiger abgeriegelt. In den Tagen zuvor waren außerdem alle Journalist*innen, die bis dahin mehr oder weniger toleriert worden waren, aus dem Grenzgebiet verwiesen und einige sogar kurzzeitig verhaftet worden.

Trotz aller Widrigkeiten schafften wir es, in der Nacht zum 12. März nach Karaağaç zu gelangen. Das Tränengas, das schon in Edirne überall wahrnehmbar war, bereitete uns in dieser ersten Nacht, die wir im Auto verbrachten, Probleme – mehr als einen Kilometer vom Grenzübergang entfernt. Die ganze Nacht lang waren Schüsse und Schreie zu vernehmen.

Menschenleben als politisches Druckmittel

Karaağaç ist ein kleines Dorf. Ein winziger Supermarkt und eine Apotheke sind, abgesehen von ein paar Straßencafés, die einzigen Geschäfte. Ab acht Uhr Früh ka-

men etwa 250 Menschen aus dem abgesperrten Bereich in den Vorort von Edirne, um sich im Supermarkt mit Lebensmitteln zu versorgen - sofern sie noch Geld zur Verfügung hatten. Davor boten Einheimische Geflüchteten Schuhe, Plastikplanen und Kleidung an. Jeden Tag stiegen die Preise. Um einkaufen gehen zu dürfen, mussten sich die Menschen ab vier Uhr anstellen und bis zu acht Stunden lang warten. Im „wilden Lager“ wurde von ASAM, dem lokalen Partner des UNHCR, Essen ausgeteilt, jedoch bei weitem nicht in ausreichender Menge. Ein paar mobile Toiletten waren aufgestellt worden. Es gab keine Duschen, keinerlei COVID-19-Vorkehrungsmaßnahmen und keine medizinische Hilfe. Nur die aller schlimmsten Notfälle wurden ins Krankenhaus gebracht - und dann sofort wieder zurück.

Beim Austeilen von Decken, Schlafsäcken, Planen und Lebensmitteln kamen wir mit den Menschen ins Gespräch. Da uns bewusst war, dass bis auf einige türkische, staatstreue Medien sonst niemand von den Ereignissen vor Ort berichtete, tauschten wir mit so vielen Geflüchteten wie

möglich unsere Nummern aus und versorgten sie mit Powerbanks.

Dank ihrer Fotos und Videos konnten wir uns ein genaueres Bild der Situation im abgesperrten Bereich machen. Von türkischer Seite wurden die Menschen immer wieder an den Grenzzaun gedrängt. Wiederholt wurden sie gezwungen, zu versuchen, den Grenzzaun zu überwinden. Zum Teil wurden sie mit Werkzeug ausgestattet - Zangen, Haken und Seilen.

Griechenland stellte von Anfang an klar: Es wird kein Durchkommen geben. Die EU schickte Verstärkung an die Grenze. Die griechischen Truppen rüsteten auf, unter anderem mit riesigen Ventilatoren, die das Tränengas auf die türkische Seite der Grenze befördern sollten. Die Beschriftung vieler Patronen zeigte, dass das Gas zum Teil vor über 20 Jahren abgelaufen und sein Einsatz daher illegal und extrem gefährlich war.

Gerüchte machten die Runde, zwei Kinder wären am Tränengas verstorben. Türkische Kräfte sollen immer wieder Rauchgas verwendet haben, um der griechischen Seite die Sicht zu nehmen während sie versuchten, den Grenzzaun einzureißen bzw. Menschen über den Zaun zu zwingen. Ein weiteres, besonders verstörendes Gerücht kam uns zu Ohren: Grie-

chische Soldaten sollen geflüchtete Frauen, die es über die Grenze geschafft hatten, vergewaltigen bevor sie sie (ein paar Tage nach ihren Familien) in die Türkei zurückschieben. Bis heute haben wir keine Beweise für diese Vorkommnisse. Mittlerweile ist jedoch klar, dass an der Grenze im März zumindest drei Menschen gestorben sein dürften. Auch einen anderen Fall konnten wir leider bestätigen: Eine schwangere Frau hatte aufgrund des Tränengases eine Fehlgeburt erlitten.

Von türkischer Seite wurden die Menschen an den Grenzzaun gedrängt.

Vieles wird wohl für immer unklar bleiben. Fest steht: Menschen in Not wurden in diesem politischen Spiel von der Türkei getäuscht und missbraucht, um Druck auf die EU aufzubauen. Diese wiederum reagierte nicht mit einer Neuverhandlung des gescheiterten Deals oder anderen Lösungsversuchen, sondern mit tiefster Menschenverachtung und äußerster Brutalität.



Es gab keine Duschen, keinerlei COVID-19-Vorkehrungsmaßnahmen und keine medizinische Hilfe.

Räumung von Pazarkule

Wochenlang war die Situation festgefahren. Ende März teilte die türkische Polizei den Geflüchteten plötzlich mit, sie sollten in andere Städte zurückkehren. Abermals wurden Busse organisiert. Tausende, die am Ende ihrer Kräfte waren, reisten freiwillig ab. Doch am 26. März befanden sich immer noch zwischen 6.000 und 8.000 Menschen an der Grenze. Zu diesem Zeitpunkt war COVID-19 bereits in den meisten Teilen der Welt angekommen. Auch unter den Geflüchteten in Edirne war in den Tagen zuvor stichprobenartig getestet worden. Die Resultate wurden nie veröffentlicht, doch an diesem Donnerstag begann die türkische Polizei unvermittelt mit der Räumung des Camps. Am Nachmittag wurden die verbliebenen Menschen vor die Wahl gestellt: mit Bussen nach

Tausende waren am Ende ihrer Kräfte und reisten freiwillig ab.

Istanbul und dort in Quarantäne, oder ins Niemandland zwischen den Grenzübergängen Pazarkule und Kastanies.

Da die türkischen Behörden schon lange jedes Vertrauen verspielt hatten, hatten die meisten der Geflüchteten Angst, nicht in Quarantäne, sondern in Abschiebegefängnisse zu kommen und entschieden sich für das Niemandland. Mit Prügeln wurden sie dort zusammengepfercht, während ihr restliches Hab und Gut von den türkischen Behörden verbrannt wurde.

Die ganze Nacht über war nicht klar, was mit den Menschen passieren würde. Angst machte sich breit, dass die türkischen Truppen die Grenze von hinten abriegeln und die Menschen zwischen den

Grenzübergängen Kastanies auf griechischer Seite und Pazarkule auf türkischer Seite gefangen sein würden. Schlussendlich wurden auch sie im Laufe des nächsten Tages, zum Teil unter Anwendung von Gewalt, in Busse gezwungen.

Diese 6.000 bis 8.000 Menschen wurden auf neun verschiedene Camps im ganzen Land verteilt. Die beiden größten, Malatya und Osmaniye, wo jeweils über 2.000 Menschen hingebacht wurden, sind etwa 15 Stunden von Edirne entfernt. Die Camps waren größtenteils ungenutzte Abschiebelager, zum Teil einfache Turnhallen. Keines davon war auf die Ankunft vorbereitet worden: vollkommen verdreckt, keine Heizung, kein Essen und keine Decken. Bei ihrem Eintreffen wurde allen Menschen das Handy abgenommen.

Aus dem Lager in Malatya, in dem bis zu 2.500 Menschen untergebracht worden waren, wurden ab dem 10. April hunderte Menschen abermals in Busse verfrachtet - ohne Auskunft zum Ziel. Nach über 15 Stunden Fahrt wurden sie an verschiedenen Orten an der Küste bei Izmir mit der Aufforderung ausgesetzt, sich Boote nach Griechenland zu organisieren. An diesem Osterwochenende galt in der gesamten Türkei eine Corona-bedingte Ausgangssperre. Öffentliche Verkehrsmittel waren eingestellt: die Menschen waren an Ort und Stelle gestrandet. UNHCR und dessen lokaler Partner ASAM waren nicht informiert. Einzig und allein der österreichische Verein Josoor, in den wir unsere private Initiative zwischenzeitlich integriert hatten, hatte aufgrund der Kontakte mit hunderten Geflüchteten einen Überblick über die Ereignisse. Wir alarmierten und diskutierten stundenlang mit UNHCR und IOM, während sich die Menschen zu Fuß auf den Weg zum Busbahnhof in Izmir machten. Nachdem wir ein Team aus Freiwilligen aus Izmir organisie-



Wochenlang lebten die Menschen auf den Feldern von Pazarkule. Ohne jede Infrastruktur, nicht einmal Zelte waren erlaubt.

ren konnten, die eine Liste aller Daten der gestrandeten Menschen erstellten, organisierte ASAM endlich den Transport in andere türkische Städte. Bis dahin waren fast 24 Stunden vergangen, in denen sie am Busbahnhof in Izmir festsaßen.

Anfang Mai waren alle 6.000 unter Quarantäne gestellten Personen entlassen und zumeist in der Nähe des jeweiligen Lagers oder mitten im Nirgendwo ausgesetzt worden. In einigen wenigen Fällen wurden die Menschen auch in die Städte gebracht, aus denen sie vor ihrem Versuch, über Pazarkule nach Europa zu gelangen, gekommen waren.

Mindestens 3.000 Menschen erhielten bei ihrer Entlassung Dokumente, durch welche ihre Abschiebungen eingeleitet wurden. Die Einspruchsfrist betrug sieben Tage. Besonders Syrer*innen, von denen schon 2019 Tausende abgeschoben worden waren, waren jetzt wieder betroffen.

COVID-19 verschärft die Situation zusätzlich

Die Unterbringung der „6.000 von Edirne“ in den Quarantänelagern war die direkteste

Auswirkung der Pandemie auf Geflüchtete in der Türkei.

Doch COVID-19 hat die zuvor schon prekäre Situation aller Geflüchteten in der Türkei insgesamt drastisch verschlimmert. Durch die rechtlich unsichere Lage (die Genfer Flüchtlingskonventionen gelten aufgrund eines geographischen Vorbehalts in der Türkei nur für Flüchtlinge aus Europa) hat die Mehrheit der Geflüchteten dort keinen Aufenthaltstitel und dadurch auch kein reguläres Arbeitsverhältnis. Als die Maßnahmen rund um die Pandemie dazu führten, dass Geschäfte und andere Unternehmen schlossen, verlor der Großteil der Geflüchteten jede Einkommensmöglichkeit. Vor dem Ausbruch hatten 18 % der Geflüchteten kein Einkommen, mittlerweile sind es 88 %. 64 % haben einer Studie von ASAM zufolge keinen Zugang zu Lebensmitteln mehr. Immer mehr Geflüchtete greifen zu drastischen Mitteln, um sich und ihren Familien das Überleben zu sichern: Unter anderem floriert im Süden der Türkei der Handel mit menschlichen Organen.

Auch in Griechenland hat Corona direkte Auswirkungen auf die geflüchteten Menschen. Als Reaktion auf Josoors Bericht darüber, dass Menschen an der türkischen Küste abgesetzt worden waren, berichteten etliche Medien, die Türkei würde Corona-infizierte Geflüchtete als biologische Kriegswaffe gegen Griechenland einsetzen. Die Pandemie wird

naten immer häufiger durchgeführten illegalen Pushbacks verwendet werden. Allein im April und Mai sind unseren Aufzeichnungen nach mindestens 750 Menschen über den Evros in die Türkei zurückgeschoben worden. Hinzu kommt eine hohe Dunkelziffer an Personen, mit denen wir nie in Kontakt standen und all jene, die am Meer zurückgeschoben werden.

Im Süden floriert der Türkei der Handel mit menschlichen Organen.

außerdem – so wie in ganz Europa – als Grund genutzt, die Land- und Seegrenze noch stärker abzuriegeln als zuvor.

Unabhängig vom Virus beschloss die griechische Regierung in den letzten Monaten immer restriktivere Gesetze. Am besorgniserregendsten ist das am 8. Mai verabschiedete Budget für das Migrationsministerium, welches künftig unter Verschluss gehalten wird. Die Mittel werden vermutlich für die in den letzten Mo-

Eine weitere beunruhigende Entwicklung, die wir in den letzten Monaten beobachten mussten, ist die illegale Abschiebung von Menschen mitten im Asylverfahren. Von Diavata bei Thessaloniki bis Igoumenitsa an der albanischen Grenze wurden sie aus den Camps, in denen sie auf die erstinstanzliche Entscheidung warteten, von der Polizei abgeholt, quer durchs Land an die türkische Grenze gebracht und nach ein oder zwei Nächten in Haft über den Evros abgeschoben. Griechenland verstößt dadurch – genauso wie etliche andere europäische Länder – tagtäglich und systematisch gegen geltendes Recht.

Auch auf See geht Griechenland immer unmenschlicher vor: Einerseits wer-

Unabhängig vom Virus beschloss die griechische Regierung in den letzten Monaten immer restriktivere Gesetze.





den Menschen in manövrierunfähigen „Rettungsinseln“ auf dem Meer ausgesetzt, damit sie in die Türkei zurücktreiben. Zugleich werden ankommende Boote davon abgehalten, die griechischen Inseln zu erreichen. Dabei ist jedes Mittel recht: Mit Messern werden Löcher in die Schlauchboote geschnitten oder der Benzinschlauch durchtrennt. Motoren werden zerstört und im Meer versenkt, Rettungswesten entwendet. Die Menschen an Bord werden verprügelt und gedemütigt. Immer wieder wird von Warnschüssen berichtet. Drohungen wie „Wir wollen, dass ihr sterbt!“ wurden uns schon öfters gemeldet.

Beide Seiten setzen in diesem politischen Kräftemessen Menschenleben aufs Spiel. Bei den Pushbacks am Evros werden die Menschen bei der Ankunft in der Türkei meist direkt wieder auf griechisches Territorium zurückgedrängt, immer und immer wieder. Auf dem Meer schauen währenddessen die Küstenwachen beider Länder tagelang dabei zu, wie Menschen in Dinghies herumtreiben und schieben sie sich durch ihre Bugwellen gegenseitig zu.

Die unmenschlichen Zustände auf den griechischen Inseln sind allgemein bekannt. Dagegen scheint völlig in den Hintergrund zu treten, welche besorgniserregenden Schritte die griechische Regierung unternimmt, um schutzsuchende Menschen loszuwerden und humanitäre Hilfe zu erschweren und wieso trotzdem noch so viele Menschen versuchen, nach Griechenland zu kommen. Die Lage in der Türkei ist mittlerweile noch katastrophaler als je zuvor und die Menschen dort so verzweifelt, dass sie Griechenland trotz allem für die bessere Wahl halten. Die EU sieht den Geschehnissen in beiden Ländern nicht nur zu, sondern finanziert Abschreckungsmaßnahmen sowohl an der türkisch-griechischen als auch an der türkisch-syrischen Grenze. Solange sich nichts ändert, werden die Menschen dennoch weiterhin versuchen, die Grenzen zu überwinden. Wie es aussieht, werden wir in Zukunft mit weitaus mehr Toten rechnen müssen. Und ganz nebenbei nimmt die EU durch ihre Untätigkeit eine Eskalation des alten Konflikts zwischen den beiden Nachbarstaaten Griechenland und Türkei in Kauf.

*Natalie Gruber hat im Jahr 2015 den Verein Josoor (Brücke auf Arabisch) zur Vernetzung und Informationsaustausch zwischen Geflüchteten und Unterstützer*innen in ganz Europa mitgegründet. Seit März 2020 ist der österreichische Verein über Partnerschaften mit lokalen Organisationen in der Türkei aktiv. Neben einem Projekt zur Lebensmittelversorgung von besonders vulnerablen Gruppen in Istanbul arbeitet der Verein hauptsächlich an der Evros-Grenze. Als einzige Initiative unterstützt Josoor dort die Opfer von Pushbacks und dokumentiert menschenrechtsverletzungen als Teil des Border Violence Monitoring Networks.*